

14.10.2021

A9-0281/46

Änderungsantrag 46
José Manuel Fernandes
im Namen der PPE-Fraktion

Bericht **A9-0281/2021**
Karlo Ressler, Damian Boeselager
Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2022 – alle Einzelpläne
(11352/2021 – C9-0353/2021 – 2021/0227(BUD))

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag

Geänderter Text

19. *beschließt, entsprechend den in seiner Entschließung vom 7. Juni 2016 (2016/2006(INI)) enthaltenen Forderungen, eine Reserve zu bilden, die von weiteren Verbesserungen der Leitungsstruktur des Gremiums für Internationale Rechnungslegungsstandards (International Accounting Standards Board), das im Rahmen der Stiftung für Internationale Rechnungslegungsstandards tätig ist, abhängig gemacht wird; beschließt, angesichts der vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) in seinem Sonderbericht 13/2021 festgestellten schwerwiegenden Mängel und Unzulänglichkeiten in Bezug auf das Fehlen ausreichender Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche/Terrorismusfinanzierung eine Reserve für die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) zu bilden, bis den Empfehlungen des EuRH vollständig nachgekommen wurde;* *entfällt*

Or. en

Änderungsantrag 47
Niclas Herbst, José Manuel Fernandes
 im Namen der PPE-Fraktion

Bericht**A9-0281/2021****Karlo Ressler, Damian Boeselager**

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2022 – alle Einzelpläne
 (11352/2021 – C9-0353/2021 – 2021/0227(BUD))

Entschließungsantrag
Ziffer 64 – Buchstabe g

*Entschließungsantrag**Geänderter Text*

(g) **den künftigen Vorschlag für eine Überarbeitung der Vorschriften für Besuchergruppen begrüßt**, die Maßnahmen zur Kenntnis nimmt, die die zuständigen Dienststellen ergriffen haben, um die Besuchergruppen über die Umweltauswirkungen ihrer Beförderung zu informieren; **seine Forderung bekräftigt, dass im Jahr 2022 ein Anreizsystem für die Erstattung von Reisekosten auf der Grundlage der Umweltauswirkungen eingeführt werden soll; fordert, dass die überarbeiteten Vorschriften** im Einklang mit der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen“ (COM(2020)0789), insbesondere mit Ziffer 9, **stehen**,

(g) die Maßnahmen zur Kenntnis nimmt, die die zuständigen Dienststellen ergriffen haben, um die Besuchergruppen über die Umweltauswirkungen ihrer Beförderung zu informieren; **das Präsidium auffordert**, im Einklang mit der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität: Den Verkehr in Europa auf Zukunftskurs bringen“ (COM(2020)0789) **und insbesondere mit Ziffer 9 dieser Mitteilung mit der Überarbeitung der Regelung für Besuchergruppen zu beginnen, die Reisekosten für Besuchergruppen an die sich verändernden Marktpreise anzupassen und Änderungen zuzulassen, um zu vermeiden, dass Marktschwankungen von Reisekosten zu einer indirekten geografischen Diskriminierung von Besuchern führen**,

Or. en

Änderungsantrag 48
Niclas Herbst, José Manuel Fernandes
im Namen der PPE-Fraktion

Bericht

A9-0281/2021

Karlo Ressler, Damian Boeselager

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2022 – alle Einzelpläne
(11352/2021 – C9-0353/2021 – 2021/0227(BUD))

Entschließungsantrag

Ziffer 64 – Nummer 1

Entschließungsantrag

Geänderter Text

(1) *dem Präsidium nahelegt, klare und rechtssichere Standards zu definieren, durch die festgelegt wird, in welchen Fällen Whistleblower-Schutz, auch für APAs, gewährt werden kann, und diese Standards zu veröffentlichen;*

(1) *die Vorschriften begrüßt, nach denen akkreditierte parlamentarische Assistenten wie alle anderen Bediensteten auf der Grundlage von Artikel 22c und 24 des Statuts über die Meldung von Missständen und von Artikel 4 der internen Vorschriften des Parlaments zur Umsetzung von Artikel 22c über die faire Behandlung und den Schutz von Hinweisgebern, sofern sie angemessen und ehrlich handeln, rechtlichen Schutz des Parlaments genießen; das Präsidium auffordert, sich weiterhin darum zu bemühen, das Bewusstsein des gesamten Personals für die Vorschriften über Hinweisgeber und die Pflicht zur Meldung möglicher rechtswidriger Handlungen zu schärfen; fordert, dass das Präsidium weitere Anstrengungen unternimmt, um diese Normen sichtbar zu fördern; darauf hinweist, dass in den Jahren 2019 und 2020 im Parlament keine Fälle mutmaßlicher Missstände verzeichnet wurden;*

Or. en